



Dokumentation des internationalen Workshops „In Zeiten der Digitalisierung niemanden zurücklassen: Erfahrungen älterer Menschen in Europa“

24. September 2020, Online-Veranstaltung

Die Digitalisierung: gleichwertige Zugänge schaffen

Die Digitalisierung öffnet uns viele Chancen. Sie ist eine Entwicklung, der ein Großteil der Gesellschaft offen gegenübersteht. Durch die Digitalisierung wurden längst alle Lebensbereiche verändert. Denken wir nur ans Einkaufen, an Kultur-, Sport- oder Bildungsangebote, medizinische Beratung, die Arbeit oder das ehrenamtliche Engagement.

Durch die Corona-Pandemie wurde deutlicher denn je: wer eine gute Internetverbindung, ein internetfähiges Gerät und vor allem auch das richtige Knowhow besitzt, hat endlos viele Möglichkeiten den Alltag zu gestalten, die Kommunikation weitestgehend aufrechtzuerhalten und wichtige aktuelle Informationen zu erhalten.

Der Einstieg in digitale Medien ist häufig schwierig. In Deutschland sind neun Millionen ältere „Offliner“ von diesen Chancen der Digitalisierung ausgeschlossen, insbesondere Hochaltrige, Frauen, Alleinlebende, Personen mit geringem Einkommen, geringer formaler Bildung oder mit Migrationshintergrund.

Die Schaffung gerechter Zugänge, das Vermitteln der notwendigen Kompetenzen und die Sicherstellung einer sicheren Nutzung sind daher zentral für eine Gesellschaft mit gleichen Teilhabechancen für alle. Die Kluft zwischen den Menschen darf sich nicht noch weiter öffnen. Alle Menschen müssen die Chance bekommen, mitgenommen zu werden, digital oder analog. Ein besserer rechtlicher Schutz ist dafür notwendig. Vor allem zu Beginn der Corona-Pandemie wurden Grundrechte in einer Weise eingeschränkt, wie dies in der Bundesrepublik Deutschland zuvor noch nicht geschehen ist. Die Erfahrungen vieler anderer Länder sind ähnlich.

Digital verbunden: Recht oder Pflicht?

Was geschieht, wenn man keinen Internetzugang hat? Wo kann man Unterstützung bekommen, um sich den digitalen Medien anzunähern? Hat man das Recht auf Information und Teilhabe? Gilt dies auch für den analogen Weg? Diese und andere Fragen standen im Fokus des Workshops „In Zeiten der Digitalisierung niemanden

zurücklassen: Erfahrungen älterer Menschen in Europa“, der Interessierten einen Einblick in diese Thematik aus Sicht verschiedener europäischer Länder bot. Ziel war, Erfahrungen der „digitalen Seniorenarbeit“ auszutauschen und die Situation Älterer in Zeiten der Digitalisierung aus menschenrechtlicher Perspektive zu beleuchten.

„Digitalisierung bietet älteren Menschen viele Chancen, um möglichst lange ein selbstständiges Leben zu führen und aktiv am Leben teilhaben zu können. Dies gelingt nur dann, wenn ältere Menschen Zugang zu digitalen Angeboten finden und die erforderlichen Kompetenzen und Kenntnisse erwerben können und die digitalen Angebote auch sicher sind.“ Mit diesen Worten begrüßte Nicole Zündorf-Hinte, Referatsleiterin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) die Teilnehmenden des Workshops. Darüber hinaus betonte sie die Notwendigkeit die digitale Kluft, die nicht nur zwischen verschiedenen Generationen, sondern auch zwischen älteren Frauen und Männern besteht, zu verringern.

„Mit meinem Mandat muss ich Bewusstsein schaffen, dass es die Rechte Älterer geben muss, dass sie beachtet werden, dass es Lücken gibt, dass die Umsetzung verbessert werden muss und dass sie überhaupt sichtbar werden. Man muss die Stimme Älterer noch etwas lauter hören. Ich muss die Stimme für die Älteren erheben,“ so Dr. Claudia Mahler, Unabhängige Expertin für die Menschenrechte Älterer der Vereinten Nationen.

Im Gespräch mit Dr. Heidrun Mollenkopf, Vorstandsmitglied der BAGSO, betonte Dr. Mahler wie wichtig der ständige Dialog mit der Zivilgesellschaft ist und appellierte an die Teilnehmenden, sich selbst einzubringen und sich an ihre Regierungen zu wenden, um auf die Menschenrechte Älterer und ihre Bedarfe hinzuweisen. „Die Älteren sind auf Ebene der Vereinten Nationen als Gruppe fast unsichtbar. Das sieht man in den einzelnen Monitoringmechanismen,“ erklärte die Expertin weiter.

Dass im Bereich der Digitalisierung für ältere Menschen noch einiges im Argen liegt, zeigt auch der Mangel an Daten zu älteren Menschen und Digitalisierung. Dr. Mahler forderte, dass Ältere stärker eingebunden werden müssen, um das Menschenrecht auf Teilhabe zu garantieren. Dafür sei es auch wichtig, in den Datenschutz zu investieren und ältere Menschen besser aufzuklären. Gleichzeitig darf es keine Diskriminierung derjenigen geben, die offline bleiben wollen. Für diese Menschen müssen Alternativen angeboten werden, um weiterhin an Informationen zu kommen. Vor allem solange, bis der Zugang zum Internet für alle gewährleistet ist.

Dr. Mahler sieht hier eine wichtige Aufgabe für die Zivilgesellschaft: „Seniorinnen und Senioren haben eine große Macht. Sie sind eine große Wählergruppe, ganz speziell auch wenn man auf Deutschland schaut. Diese Macht müssen Sie nutzen.“ Weiter erklärte sie, dass der Schutz der Rechte Älterer nur zum Tragen kommt, wenn der Bedarf deutlich artikuliert wird. Damit man sich auf diesen Schutz berufen kann, muss man sich mit einer gemeinsamen Stimme dafür einsetzen.

Eine virtuelle Europareise

Wie ältere Menschen in anderen Ländern digital mitgenommen werden, wurde in vier Arbeitsgruppen durch verschiedene Projektvorstellungen besprochen. Es wurden verschiedene Zugänge zur digitalen Welt für Ältere beleuchtet.

In der Arbeitsgruppe zu den Donauländern wurde besonderes Augenmerk auf die Situation Älterer in ländlichen Gebieten gelegt. Häufig können die Vorteile der Digitalisierung nicht genutzt werden, weil der Zugang zum Internet nicht vorhanden sei. Außerdem benötigen ältere Menschen Unterstützung und Anleitung für die Nutzung und den Umgang mit Online-Tools.

Auch in der Arbeitsgruppe zu Frankreich wurde die fehlende Infrastruktur in vielen Regionen bemängelt. Die Digitalisierung würde in vielen Bereichen zum Ausschluss Älterer führen. Die Teilnehmenden forderten eine leichtere Bedienbarkeit digitaler Lösungen und die Bereithaltung von telefonischen Ansprechmöglichkeiten, z.B. im Bereich der Verwaltung.

In der Arbeitsgruppe zu Slowenien stand das Recht auf Teilhabe an der digitalen Welt im Fokus, wobei bemerkt wurde, dass viele Menschen nicht wissen, dass sie Rechte haben und wie sie diese durchsetzen können bzw. an wen sie Probleme herantragen können. Es muss Möglichkeiten geben, Menschen auszubilden, damit sie Medienkompetenzen entwickeln können. Solange nicht alle die notwendigen Fähigkeiten haben, um sich im digitalen Raum zu bewegen, müssen genügend Alternativen angeboten werden. In Slowenien werde die soziale Teilhabe Älterer durch ein niedriges Bildungsniveau erschwert.

Die Berichte aus Portugal befassten sich hauptsächlich mit der Partizipation älterer Menschen an der Entwicklung von Technologien, auch zur digitalen Teilhabe von Menschen in Pflegeheimen.

Was nehmen wir mit von diesem Austausch?

Der Erfahrungsaustausch im Rahmen der länderspezifischen Arbeitsgruppen und der anschließenden Diskussionsrunde machte deutlich, dass der Zugang zu digitalen Medien für viele ältere Menschen weiterhin nicht gegeben ist. Immer wieder kam die Frage auf, wie die gesellschaftliche Teilhabe derjenigen garantiert werden kann, die keinen Zugang und keine Unterstützung haben. Der Kostenpunkt ist nur einer von vielen Barrieren. In den Arbeitsgruppen wurde eine Vielzahl an Handlungsempfehlungen formuliert:

- Ausbau der Infrastruktur, insbesondere in ländlichen Gebieten, um älteren Menschen den Zugang zum Internet zu ermöglichen.
- Kostengünstigere Lösungen für ältere Menschen, damit für sie die Möglichkeit besteht, sich die entsprechenden Geräte zu kaufen, wie dies zum Beispiel für Studierende oder Lehrkräfte in einigen Ländern bereits der Fall ist.
- Unterstützung für ältere Menschen im Umgang mit Online-Tools.
- Sichtbarmachen des Nutzens von digitalen Lösungen für Ältere.

- Einrichten von digitalen „Erfahrungsorten“ in jeder Stadt, an denen Ältere erleben können, was man mit digitaler Technik machen kann, dass man mit „Smart Home“-Lösungen länger selbstbestimmt zuhause leben, in der Pflege Unterstützung erhalten und mehr Teilhabe mit dieser Technik erlangen kann.
- Die Digitalisierung der Verwaltung sollte nach einheitlichen Gesichtspunkten erfolgen. Die Entwicklung von EU-weiten Standards kann hilfreich sein, um Normen zu erstellen, die einen Zugang zu digitalen Technologien sicherstellen.
- Schulungen von Beschäftigten und Auszubildenden in für ältere Menschen relevanten Berufsgruppen, um Ältere besser beraten und unterstützen zu können.
- Eine Verbesserung des Schutzes der Rechte von Nutzerinnen und Nutzern digitaler Medien und des Datenschutzes, egal wo die Daten verarbeitet werden.
- Beschwerdestellen oder Ansprechpartner müssen leichter zugänglich gemacht werden. Es müsste für jede Internetseite vorgeschrieben werden, dass Beschwerdestellen, beziehungsweise die telefonische Erreichbarkeit, sofort sichtbar sind.
- Entwicklung neuer Formen der Wissensvermittlung und niedrigschwellige Angebote, um ältere Menschen besser einbeziehen zu können.
- Entwicklung von einheitlicheren Benutzeroberflächen.

Die Notwendigkeit, den Zugang zu digitalen Medien für ältere Menschen zu verbessern, war ein zentraler Punkt in der abschließenden Gesprächsrunde. Durch die Digitalisierung werden bestehende Ungleichheiten vertieft. Einige waren sich die Teilnehmenden in der konkreten Forderung an die Politik: Digitale Lösungen dürfen nie die einzige Alternative sein. Analoge Zugänge zu Informationen, Dienstleistungen und anderen Angeboten müssen garantiert sein.